



f Elke Kahr

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Gemeinderatssitzung 21. März 2013



GRAZ **KPÖ** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Preisexplosion bei Bus und Bim

Stadt bleibt untätig

17 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren soll man in Graz ab Juli für den Einzelscheine bezahlen müssen, die Erhöhung bei der Jahreskarte betrug im selben Zeitraum 72,- Euro (umgerechnet S 1000,-!) Die jährlichen Preisanstiege machen die Fahrkarten für Bus und Bim für immer mehr Grazerinnen und Grazer unerschwinglich.



KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora

Moderne Sklaverei

KPÖ-Gemeinderat Luttenberger fordert Auskunft über Leiharbeit in Magistrat und Holding



„Die Stadt Graz hat in allen Belangen – in moralisch-ethischen erst recht – Vorbildfunktion“, so KPÖ-Gemeinderat Kurt Luttenberger. Es ist inakzeptabel, wenn das „Haus Graz“ auf Leiharbeit gebaut wird. Für die KPÖ bleibt Leiharbeit – trotz einiger rechtlicher Verbesserungen – „eine moderne Form der Sklaverei, die einzig der Profitmaximierung und nicht sozialer Verantwortung dient“, so der Gemeinderat. Während bei den Löhnen gespart wird, steigen die Managergehälter. Darum hat die KPÖ in der Gemeinderatssitzung am 21. März die Frage eingereicht, wie viele Leiharbeiter/innen derzeit in Magistrat und Holding beschäftigt sind.

Schon vor zwei Jahren hat der Gemeinderat auf Antrag der KPÖ beschlossen, dass sich die Stadt Graz für Änderungen am Knebelvertrag, der den Verkehrsunternehmen eine jährliche Tarifierhöhung um die Inflationsrate plus 75 Prozent zugesteht, stark macht. Geschehen ist bis heute nichts. Im Gegenteil: Um

rund 5 Prozent sollen ab Juli die Preise bei den Graz Linien anziehen (siehe Tabelle).

In der Gemeinderatssitzung am 21. März fragte Gemeinderat Christian Sikora Verkehrsstadtrat Mario Eustacchio (FP), was er gegen diese exorbitanten Preissteigerungen zu tun gedenke. Obwohl der Holding Graz im Ver-

bund ein besonderes Gewicht zukommt, meinte Eustacchio, er sehe keine Möglichkeit, hier einzugreifen. Auch höhere Zuschüsse durch die Stadt lehnte er ab.

Fahrschein	Preis derzeit	Preis ab 1. Juli	Erhöhung in %	Erhöhung in Euro
Stundenkarte	2,00 Euro	2,10 Euro	5,00 %	0,10 Euro
24-Stunde-Karte	4,50 Euro	4,70 Euro	4,44 %	0,20 Euro
10er-Block	18,70 Euro	19,20 Euro	2,67 %	0,50 Euro
Jahreskarte	365,00 Euro	388,00 Euro	6,03 %	23,00 Euro

Wohnbaumittel zweckwidmen!

Die Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel wurde 2008 aufgehoben. Seither wurden in der Steiermark von Voves und Schützenhöfer Budgetlöcher damit gestopft. „Der soziale Wohnbau und der Bau von Gemeindewohnungen bleiben bei dieser Politik auf der Strecke“, kritisiert Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Ein klares Bekenntnis aller Gemeinderatsparteien zur Zweckbindung der Wohnbauförderung forderte Man-

fred Eber (KPÖ) in der Gemeinderatssitzung am 21. März. Lediglich die Grazer SPÖ stimmte – ganz im Gegensatz zur massiven Kampagne der Sozialdemokraten auf Bundesebene – gegen diesen Dringlichkeitsantrag. „Die Grazer SPÖ fällt damit Kanzler Faymann in den Rücken. Anders lässt sich ihr Abstimmungsverhalten im Grazer Gemeinderat nicht erklären.“ Das sagte KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber, der sich freut, dass sich sonst alle Parteien hinter den Antrag der KPÖ gestellt haben.

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Ragnitzbad vor Aus?

Dem Ragnitzbad droht mit Saisonende die Schließung, wenn das Geld für eine notwendige Generalsanierung nicht aufgetrieben werden kann. **KPÖ-Gemeinderat**

Andreas Fabisch fragte in der Gemeinderatssitzung am 21. März Sportstadtrat Eisel-Eiselsberg (VP) nach der Bereit-



schaft der Stadt Graz, sich für den Erhalt der beliebten Freizeitoase im Grazer Osten einzusetzen. Eisel-Eiselsberg sagte zu, sich um den Fortbestand des Bades zu bemühen. „Die KPÖ

bleibt dran und wird die Entwicklungen auf jeden Fall aufmerksam verfolgen!“, verspricht Fabisch.

Englisch im Kindergarten

Das erst im letzten Jahr gestartete Programm an Kindergärten, bei welchem den Kindern die englische Sprache von muttersprachlichen Lehrkräften spielerisch nähergebracht wurde, wird von der Stadt Graz nicht mehr länger finanziert. **KPÖ-Gemeinderätin Christine Braunersreuther** plädierte in einer Anfrage an den Bürgermeister für eine Wei-

terführung: „Aus einer Initiative, die allen Kindern gleiche Startchancen beim Eintritt in die Schule bringen sollte, ist ein Eliteprogramm nur für jene geworden, wo die Eltern selbst zahlen. Das darf nicht sein!“



Kurzstrecken-Karten

In Städten wie Wien und Linz machen Kurzstrecken-Fahrscheine (meist für 4 bis 6 Stationen Bus oder Straßenbahn), die zum halben Preis angeboten werden, die Nutzung des öffentlichen Verkehrs für schnelle

innerstädtische Fahrten attraktiv. „Das sollte für die „Feinstaub-Hauptstadt“ Graz eigentlich ein Vorbild sein“, sagt **KPÖ-Gemeinderätin Christine Braunersreuther** und stellte entsprechenden Antrag.

Busbahnhof Andreas-Hofer-Platz

Der Andreas-Hofer-Platz soll neu gestaltet, der Busbahnhof auf den Marburger Kai verlegt werden. Dort fehlen aber WC, Warteraum oder Informationsbereich.



rainerinnen und Anrainer würde eine erhöhte Lärm- und Luftbelastung entstehen.

KPÖ-Planungssprecher Gemeinderat Manfred Eber stellte an Bürgermeister Nagl die Anfrage, ob die Anrainerinnen und Anrainer von der geplanten Verlegung des Busbahnhofs informiert und miteinbezogen wurden und ob es Alternativen zum geplanten Standort gibt.

Zahlreiche Parkplätze würden verloren gehen, der Marburger Kai wäre nur noch einspurig befahrbar, und durch ein- und ausparkende Busse würde die Staugefahr erhöht. Für die An-

ge, ob die Anrainerinnen und Anrainer von der geplanten Verlegung des Busbahnhofs informiert und miteinbezogen wurden und ob es Alternativen zum geplanten Standort gibt.

Hürden für Volksbefragungen abbauen!

Mit einem dringlichen Antrag will die ÖVP die im Vorjahr von ihr begangenen Gesetzesverletzungen bei der Bürger/innenbefragung zu Umweltzone und Reininghausgründen aus der Welt schaffen: Ihr Vorschlag: Einfach das Gesetz im Sinn der missglückten Bürger/innenbefragung ändern!

KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann sprach sich dagegen



aus. Sie forderte stattdessen, dass Hürden, die den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Volksbefragungen ermöglichen, abgebaut werden sollen. Außerdem sollte

bei Gesetzesänderungen der Bürger/innenbeirat mitreden können. „Bürger/innenbeteiligung darf keine leere Worthülle sein!“, so Bergmann. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten gegen den KPÖ-Antrag.

Hauptplatz: Weiche gefordert

Die Errichtung einer Weichenanlage am Hauptplatz (Sackstraße Ecke Murgasse) fordert **KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora**. Bei Bauarbeiten oder Störungen in der Herrngasse könnte diese Maßnahme den Schienenverkehr schnell entlasten.



Jazz darf nicht sterben

Bei Ö1 sollen die Live-Sendungen am Abend und in der Nacht eingespart werden. Auch die Sendung „Jazz at its best“ auf Radio Steiermark soll dem Sparstift zum Opfer fallen. „Wir können das so nicht hin-

nehmen, schließlich ist Graz die Jazz-Hauptstadt Österreichs und hat europaweit einen Ruf zu verteidigen“, so **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch**, der selbst an der Jazz-Abteilung studiert hat.

Wasser ist ein Menschenrecht!

„Wasser ist ein Menschenrecht, das unter keinen Umständen dem Profitstreben privater Konzerne geopfert werden darf!“ Das sagte **KPÖ-Gemeinderat**



Robert Krotzer in seiner Wortmeldung zu einem Antrag der Grünen. Gefordert wurde darin, dass die Stadt Graz sich gegen eine geplante EU-Richtlinie aussprechen sollte, die die Privati-

sierung von Wasserver- und Abwasserentsorgung erleichtert. Beispiele in mehreren Städten Europas haben bewiesen, dass derartige Privatisierungen nur dem Profit der Aktionäre dienen, während Arbeitsplätze vernichtet, Tarife erhöht, die Versorgungsqualität beeinträchtigt und demokratische Mitbestimmungsrechte ausgeschaltet werden. „Wasser und andere öffentliche Dienstleistungen sind keine Handelsware, sondern ein grundlegendes Bedürfnis für alle!“, so Krotzer. Die geplante Richtlinie ist nur eine von zahlreichen EU-Vorgaben, die die sozialen und demokratischen Grundrechte der Menschen in Europa einschränken sollen. ÖVP, FPÖ und SPÖ lehnten den Antrag ab.



Elke Kahr. KPÖ
Tel. 0316 / 71 24 79
www.kpoe-graz.at

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Information aus erster Hand!**